

Das US-Magazin Foreign Policy warnt Washington davor, die im Mittleren Osten bestehenden Bündnisstrukturen falsch einzuschätzen und aus strategischer Konfusion einen Krieg mit Russland zu provozieren.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 110/17 – 03.07.17

So beginnen Kriege zwischen großen Mächten

Nicht auf einen Schlag,

sondern wegen der grundlegenden strategischen Konfusion, die in Washington über die Verbindungen zwischen Syrien, Katar, dem Iran und Russland herrscht

Von Emile Simpson

Foreign Policy, 21.06.17

(https://foreignpolicy.com/2017/06/21/this-is-how-great-power-wars-get-started/?utm_source=Sailthru&utm_medium=email&utm_campaign=ed%20pix&utm_term=%2AEditors%20Picks)

Zum ersten Mal seit Beginn des Syrien-Krieges im Jahr 2011 haben die USA im Mai 2017 direkte Angriffe auf Truppen oder Milizen der syrischen Regierung durchgeführt – nicht nur einmal, sondern mindestens viermal. Es geht weniger darum, wie Syrien darauf reagieren wird, sondern um Russlands Antwort auf den jüngsten US-Angriff – den Abschuss eines syrischen Bombers durch einen Kampfjet der U.S. Air Force. Daraufhin haben die Russen nämlich angekündigt, dass sie künftig jedes Flugzeug der US-geführten Koalition angreifen werden, das den syrischen Luftraum (westlich des Euphrat, s. <https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-usa-russland-107.html>) verletzt.



Karte entnommen aus Google

Wie kann verhindert werden, dass sich daraus ein Krieg zwischen den USA und Russland im Mittleren Osten entwickelt?

Die aktuellen politischen Allianzen im Mittleren Osten sind unbeständig wie die wechselnden Bilder eines Kaleidoskops. Bevor wir uns der Rolle der USA und Russlands zuwenden, müssen wir zuerst die fünf losen Gruppierungen untersuchen, die sich seit Beginn des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 herausgebildet haben; dabei lassen wir die kleineren Mitspieler erst einmal unberücksichtigt.

Die erste Gruppierung besteht aus den sunnitischen Monarchien in Saudi-Arabien, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Jordanien und Bahrein, den säkularen arabischen Staaten Ägypten – das seit 2013 von dem Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Abd_al-Fattah_as-Sisi) regiert wird, Algerien, Marokko und Tunesien sowie dem östlichen Teil Libyens unter General Chalifa Haftar (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Chalifa_Haftar).

Zur zweiten Gruppierung gehören die Türkei, Katar und Ableger der Muslimbruderschaft wie die Hamas in Gaza, die Anhänger des Präsidenten Mohammed Mursi (s. <https://de.wi->

kikipedia.org/wiki/Mohammed_Mursi) , der Ägypten vor 2013 regiert hat, und der international anerkannte westliche Teil Libyens.

Die dritte Gruppierung bilden der Iran, seine schiitischen Verbündeten in der Regierung des Iraks, das Assad-Regime in Syrien und die Hisbollah im Libanon.

Zur vierten Gruppierung gehören die dschihadistischen sunnitischen Netzwerke des Islamischen Staates, verschiedene Al-Qaida-Ableger und eine ganze Anzahl kleinerer Splittergruppen.

An fünfter Stelle ist Israel zu nennen, das in keine der obengenannten Gruppierungen integriert ist, aber aus Eigeninteresse eng mit Staaten der ersten Gruppierung kooperiert.

Aus drei Schlüsselentwicklungen, die seit dem Beginn des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 eingetreten sind, lässt sich erklären, welche Rolle die USA und Russland in diesem Bündnisgeflecht spielen, und wie diese zwei großen Mächte in die Konflikte im Mittleren Osten hineingeraten sind.

Die erste Entwicklung ist die wachsende Spannung zwischen der Durchsetzung der Menschenrechte und der Stabilität. Die von den USA und ihren westlichen Verbündeten vorgenommenen humanitären Interventionen zur Unterstützung von Aufständischen haben bewirkt, dass der Regimewechsel in Libyen gelungen ist, während er in Syrien nicht durchgesetzt werden konnte. Weil die Aufstände durch die Einmischung radikaler Islamisten zum Desaster zu werden drohten, konnte Russland sein Eintreten für Haftar in Libyen und Assad in Syrien damit begründen, dass es ein islamistisches Chaos verhindern wolle.

Die Situation in Ägypten hat sich ganz ähnlich entwickelt. Weil sich die Beziehungen der Obama-Regierung zum Sisi-Regime wegen der Menschenrechtsverletzungen, die bei der Entmachtung der Muslimbruderschaft begangen wurden, verschlechtert haben, konnte Russland wieder mehr Einfluss auf Kairo gewinnen. Daraus erklärt sich auch die gegenwärtige diplomatische Unterstützung Ägyptens für das russische Eingreifen in Syrien.

Die zweite Entwicklung geht auf den Atomdeal zurück, auf den sich die Obama-Regierung 2015 mit dem Iran eingelassen hat, um ihn gewaltlos an der Entwicklung einer eigenen Atombombe zu hindern; dieser Deal wird von der Trump-Regierung aber nur zögerlich akzeptiert. Moskau war zwar den vor dem Deal gegen den Iran verhängten Sanktionen beigetreten, hat aber nach deren Aufhebung seine Beziehungen zu Teheran so stark verbessert, dass es bei der im November 2016 ausgehandelten OPEC-Vereinbarung (weitere Infos dazu unter <http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/opez-verknappt-das-oel-ein-kleiner-durchbruch-mit-verfallsdatum/14917152.html>) als Vermittler zwischen Saudi-Arabien und dem Iran agieren konnte.

Im Gegensatz zu Moskau vertritt die Trump-Regierung eine harte Linie gegen Teheran. Das hat verschiedene Gründe: Auch nach dem Deal setzt die iranische Regierung ihre Raketenstarts und die Unterstützung schiitischer Milizen im Irak, in Syrien, im Jemen und im Libanon fort, die traditionelle US-Verbündete wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Israel gern unterbunden hätten, auch wenn viele Israelis den Atomdeal mit den Iran begrüßt haben.

Die dritte besorgniserregende Entwicklung ist der wachsende Einfluss, den sich islamistische sunnitische Netzwerke über soziale Medien und andere Online-Werkzeuge verschafft haben. Die schnelle Ausbreitung des Islamischen Staates wäre ohne diese Netzwerke überhaupt nicht möglich gewesen. Diese effektiven dschihadistischen Netzwerke

haben in angeschlagenen Staaten schnell Fuß gefasst und im Westen der Iraks, im Norden Syriens und im südlichen Jemen große Gebiete mit überwiegend sunnitischer Bevölkerung unterjocht.

Durch das Zusammenwirken dieser drei Entwicklungen ist das gegenwärtig zwischen den USA und Russland bestehende Patt in Syrien entstanden.

Die US-geführte Koalition hat zwar Fortschritte bei der Bekämpfung des Islamischen Staates im Irak und in Syrien gemacht. Weil es der Trump-Regierung – wie vorher der Obama-Regierung – aber hauptsächlich darum geht, den Islamischen Staat zu besiegen, hat sie bisher keine positive politische Vision für die vom Islamischen Staat befreiten Gebiete entwickelt. Mit anderen Worten, die USA haben zwar eine militärische, aber keine politische Strategie, und je mehr der Islamische Staat zurückgedrängt wird, desto sichtbarer wird dieser Mangel.

Weil die Trump-Regierung einen härteren Kurs gegen den Iran steuert, will sie natürlich auch verhindern, dass die vom Iran unterstützten schiitischen Milizen, die einen großen Teil der Bodentruppen Syriens und des Iraks stellen, die vom Islamischen Staat befreiten Gebiete besetzen.

Deshalb ordnet die Trump-Regierung sowohl die sunnitischen Dschihadisten als auch die schiitischen Milizen dem radikalen islamistischen Terrorismus zu, und deshalb geht sie auch gegen die paramilitärischen schiitische Milizen in Syrien vor [s. <http://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-usa-exclusive-idUSKBN1951YX>]. Außerdem hat Trump bei seinem Besuch in Riad Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten dazu gedrängt, eine Blockade gegen Katar zu errichten, um dessen angebliche Unterstützung für schiitische Milizen zu unterbinden.

Weil den USA eine positive politische Vision für den Mittleren Osten fehlt und die Bekämpfung des Islamischen Staates und die Eindämmung des Irans unkoordiniert nebeneinander erfolgen, ist die jetzige regionale Konfusion entstanden: Denken Sie an einen Schäferhund, der zwar laut, aber ziellos herumbellt. Auch deshalb gleicht der Mittlere Osten jetzt einer aufgescheuchten Schafherde.

Sogar die US-Regierung selbst scheint über die Implikationen ihrer strategielosen Politik verwirrt zu sein, denn sie hat mit sehr widersprüchlichen Signalen auf die Katar-Krise reagiert: Während Präsident Trump die Blockade Katars noch enthusiastisch begrüßte, bemühte sich sein Außenministerium hinter den Kulissen bereits darum, den Konflikt zu deeskalieren, damit wieder Ruhe einkehrt. Was Washington wirklich erreichen will, scheint derzeit niemand zu wissen.

Obwohl die Katar-Krise durch Vermittlung der USA vermutlich bald beigelegt werden kann, wird Doha trotzdem versuchen, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern – durch engere Beziehungen zur Türkei, die schon eine Basis in Doha hat, durch den Ausbau seiner kommerziellen Verbindungen zu Russland, die durch eine Beteiligung des Emirates an dem russischen Ölkonzern Rosneft (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Rosneft>) bereits bestehen, und durch Festigung seiner auch jetzt schon sehr guten Beziehungen zum Iran, die für die gemeinsame Erschließung eines Gasfeldes im Persischen Golf unerlässlich sind.

Das Fehlen einer positiven politischen US-Strategie wirkt sich auch im Irak und in Syrien sehr nachteilig aus. Im Irak war der (von Obama veranlasste) Abzug des US-Militärs praktisch eine Einladung an die schiitischen iranischen Milizen, in den Irak einzumarschieren und so die Position des Irans zu stärken. Jetzt bleibt als Alternative nur noch die Errich-

tung eines kurdischen Teilstaates im Norden des Iraks. Offiziell wollen die USA aber immer noch die Einheit des Iraks erhalten.

In Syrien ist die Situation noch komplexer. Während sich ein großer Teil der irakischen Kurden vernünftige Beziehungen zur Türkei wünscht, lehnt die türkische Regierung einen mehr oder weniger unabhängigen kurdischen Teilstaat im Norden Syriens entschieden ab. Die US-geführte Koalition ist aber auf ihre kurdischen Bodentruppen in diesem Teil Syriens angewiesen, denn sie halten den größten Teil des vom Islamischen Staat zurückeroberten Gebietes. Ob die USA die Gründung eines kurdischen Staates im Norden Syrien zulassen würden, wissen wir nicht. Ein kurdischer Staat im Norden Syriens ist eigentlich unmöglich, denn das von den Kurden beanspruchte Gebiet gehört zu Syrien. Auch die hier herrschende Konfusion heizt den Konflikt zwischen den USA und Russland an.

Kehren wir zu unserer ursprünglichen Frage zurück: Wird es wegen der Konflikte im Mittleren Osten zu einem großen Krieg zwischen den USA und Russland kommen?

Meiner Ansicht nach brauchen die USA eine positive politische Strategie, weil sich sonst die direkten Zusammenstöße zwischen den von den Russen unterstützten schiitischen Milizen und den US-Streitkräften fortsetzen werden und schnell der Fall eintreten könnte, dass die Russen einen US-Kampfflugzeug oder die US-Streitkräfte einen russischen Kampfflugzeug abschießen. Das muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass sich Washington oder Moskau dann zu einem ausgewachsenen Krieg entschließen würden. Aber Konflikte lassen sich nun mal nicht rational steuern, überhaupt nicht. Denn Gewalt kann einen so hohen emotionalen Druck erzeugen, dass ein Konflikt außer Kontrolle gerät und sich in eine Richtung entwickelt, die niemand vorhergesehen hat.

Außer der Gefahr, dass der Konflikt mit Russland eskaliert, wenn die USA die direkten Angriffe auf schiitische Milizen fortsetzen, könnte auch der Atomdeal mit dem Iran platzen. Damit würde ein Krieg der USA gegen den Iran wieder wahrscheinlicher. Der Iran würde aber vermutlich schon vorher eine iranische Marionette wie Nuri al-Maliki (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nuri_al-Maliki) als irakischen Regierungschef einsetzen, der die US-Streitkräfte zum Verlassen des Iraks auffordern würde. Washington müsste dann entweder seine Truppen abziehen oder den Irak mit mehr Soldaten erneut besetzen.

Um eine Eskalation in diese Richtung zu vermeiden, sollte die Trump-Regierung jetzt eine positive politische Vision für den Mittleren Osten entwickeln und sich nicht länger nur auf die Bekämpfung des Islamischen Staates und die Eindämmung des Irans beschränken. Dazu muss sie zuerst eine klare US-Position zur Zukunft der von den Kurden gehaltenen Gebiete im Irak und in Syrien erarbeiten.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Links in runden Klammern versehen. Den Link in eckigen Klammern hat der britische Autor Emile Simpson (<http://www.belfer-center.org/person/emile-simpson>) selbst eingefügt. Die Mär, dass die USA und der Westen aus Sorge um die Menschenrechte zu "humanitären Interventionen" gezwungen und dadurch in "Aufstände" im Mittleren Osten und in Libyen hineingezogen worden seien, ist als reine Propaganda abzuhaken. Wichtig sind aber die Ausführungen über die verschiedenen, sich teilweise überschneidenden Zweckbündnisse und die Aufforderung an die Trump-Regierung, ihre gefährliche, konfuse Politik zu überdenken und ihr Spiel mit dem Feuer einzustellen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



This Is How Great-Power Wars Get Started

Not with a bang, but basic strategic confusion in Washington about the links between Syria, Qatar, Iran, and Russia.

By Emile Simpson

June 21, 2017

In the last month, for the first time since the civil war in Syria began in 2011, the United States has directly attacked Syrian government forces or proxies — not just once, but at least four times. The urgent question now is less about Syria than Russia, which in response to the latest of these incidents, in which a U.S. fighter plane shot down a Syrian jet, threatened to target any U.S.-led coalition aircraft flying over Syria.

Are the U.S. and Russia being sucked into war in the Middle East, and if so, how can escalation be averted?

The present political dynamics in the Middle East are unsettled and kaleidoscopic. But in the interests of brevity, leaving aside smaller players, and before we think about the role of the United States and Russia, the basic configurations of power in the region since the 2011 Arab Spring can be simplified in terms of five loose groupings.

First, a grouping of Sunni monarchies (Saudi Arabia, the United Arab Emirates, Jordan, and Bahrain); Arab secular nationalists (Egypt since President Abdel Fattah el-Sisi took over in 2013, Algeria, Morocco, and Tunisia); and Gen. Khalifa Haftar's faction in eastern Libya.

Second, a grouping of Turkey; Qatar; and Muslim Brotherhood affiliates such as Hamas in Gaza, Egypt under President Morsi before 2013, and the internationally-recognized Libyan government based in the western part of that country.

Third, a grouping of Iran and its Shiite allies, including Iraq (at least among key factions of the Baghdad government), the Assad regime in Syria, and Hezbollah in Lebanon.

Fourth, the collection of various Sunni jihadi networks, including the Islamic State, various al Qaeda affiliates, and any number of smaller factions.

Fifth, there is Israel, which does not fit into any of the above, but is most closely aligned with members of the first grouping.

Three key stories since the 2011 Arab Spring broadly explain how the United States and Russia fit into these dynamics, and why these two great powers are being dragged into confrontation in the Middle East.

The first story is the tension between human rights and stability. Initially motivated by humanitarian impulse, the United States and its Western allies achieved regime change in Libya and attempted it in Syria, by backing rebels in each case. These rebellions rapidly became infected by radical Islamists, giving Russia the opportunity, not unreasonably, to

claim that, in the interest of preventing Islamist chaos, it was backing strongmen on the opposite side (Haftar in Libya and Assad in Syria).

Egypt is a similar case. Russia took advantage of the Obama administration's aversion to the Sisi regime's human rights abuses following the overthrow of Muslim Brotherhood rule to increase Russian influence in Cairo, as exemplified by Egypt's current diplomatic support for the Russian intervention in Syria.

The second story is the 2015 Iran nuclear deal brokered by the Obama administration, and reluctantly accepted by the Trump administration, whose advocates claimed that it was the best way to stop Iran from acquiring a nuclear weapon without the resort to force. Russia joined sanctions against Iran, but since they were lifted, Moscow has developed warmer relations with Tehran, as exemplified by the way it acted as a key broker between Saudi Arabia and Iran to set up the November 2016 OPEC agreement.

By contrast with Moscow, the Trump administration has taken a hard-line stance toward Tehran. It has various motives for that shift: Iranian missile testing since the deal was signed; Iranian support for Shiite militia groups in Iraq, Syria, Yemen, and Lebanon; and a belief that traditional U.S. allies such as Saudi Arabia, the UAE, and Israel are in need of greater support (notwithstanding that many Israelis supported the nuclear deal).

The third story is the role that radical Sunni Islamist networks now play in the region, enabled by social media and other online tools that facilitate networking. One simply cannot explain the speed and scale at which the Islamic State formed, for example, without that network effect. These fluid jihadi networks have proved effective in exploiting tears in the fabric of order in fragile states, and then governing captured ground, predominantly in areas with Sunni majority populations, above all in western Iraq, northern Syria, and southern Yemen.

When one puts these three stories together, we see the nexus of the current U.S.- Russia standoff in Syria.

At the center of the nexus is the fact that while the U.S.-led coalition has done a good job of beating back the Islamic State in Iraq and Syria, the policy goal under both the Obama and Trump administrations has only been negatively defined as the defeat of the Islamic State. Neither administration has set out a positive vision for who will govern territory cleared of the Islamic State. In other words, the U.S. has a military strategy without a political counterpart — and the more the Islamic State's territorial control has been squeezed, the more evident the absence of U.S. political strategy has become.

Enter the Trump administration, which in keeping with its broader hard-line stance toward Iran, has been consistently clear about who it does not want to govern r-captured ground, namely, Iran-backed Shiite militias, who form a large part both of Assad's ground forces and indeed Baghdad's.

Hence the Trump administration has taken the view that both Sunni jihadi groups and Shiite militias should be grouped under the same category of radical Islamic terrorism. Consistent with this, it has stepped up action against Shiite paramilitary groups in Syria. Furthermore, the administration's hard-line attitude, conveyed by Trump in his visit to Riyadh in May, encouraged the blockade of Qatar by Saudi Arabia, the UAE, Bahrain, and Egypt, on the basis of alleged Qatari support for Iranian proxies.

But the glaring absence of a U.S. positive political vision in the Middle East has left its ne-

gatively defined anti-Islamic State and anti-Iranian goals untethered, which has generated regional confusion. Imagine a sheepdog who is good at barking, but has little sense of direction: The Middle East is now in the position of its harried flock.

Even the administration itself seemed confused about how to respond to the implications of its own strategy, as was clear from its plainly contradictory signals on the Qatar crisis: While President Trump initially enthusiastically endorsed the blockade of Qatar in public, his national security team sought to de-escalate it behind the scenes, and this calmer line seems to be prevailing. So, what does Washington positively want? Who knows.

Although the most likely outcome of the Qatar crisis at this point is a U.S. brokered de-escalation, it is likely that a jilted Doha will subsequently look to become less dependent on the United States by building up existing relations with Turkey, which already has a base in Doha; Russia, which already has strong commercial links with the emirate (Qatar owns a large stake in Rosneft, for example); and Iran, with whom it needs good relations given the need to cooperate over the shared exploitation of natural gas fields in the Persian Gulf.

The limits of having no positive political strategy are also evident in Iraq and Syria. In Iraq, the United States military has effectively helped clear ground for Iranian Shiite militias to backfill, which contradicts the administration's anti-Iranian position. The only real alternative is to support a greater governance role for Kurdish groups, potentially as part of an enlarged independent Kurdish state. But so far, the U.S. position has been to support the unity of Iraq.

In Syria, the situation is more complex, because unlike the Iraqi Kurds, who have reasonably good relations with Ankara, the Turkish government is vehemently opposed to any kind of independent Kurdish state in northern Syria. But the U.S.-led coalition overwhelmingly relies on Kurdish ground forces in Syria, and they hold most of the ground cleared from the Islamic State. Does the United States support a Kurdish state in northern Syria? We don't know. Has it provided any alternative to a Kurdish state in northern Syria? No. Is the territory still legally part of Syria? Yes. Unsurprisingly, there is serious confusion on the ground, which has produced the U.S.-Russian escalation we see today.

So back to the original question: Are we are headed toward a great-power conflict in the middle east?

In my view, until the U.S. presents a positive political strategy, we will continue to have direct clashes between Russian-supported Shiite militias and U.S. forces, which may well produce an accident in which either Russia shoots down a U.S. plane or vice versa. Even then, I think that neither Washington nor Moscow would rationally want a conventional fight. But conflict dynamics are never wholly rational; far from it. Violence can generate new emotional pressures in conflict and spin out of control in a direction nobody anticipated.

Besides the risk of escalation with Russia, the more the United States starts directly attacking Shiite militias, the more likely the Iranian nuclear deal will completely break down. This would reopen the possibility of a U.S. war with Iran. Even before that point, Iran would likely react to counter the United States in the region by exerting much more aggressive influence over Baghdad. The nightmare scenario would be an Iranian puppet like ex-Prime Minister Nouri alMaliki getting back into power, and issuing a demand for U.S. forces to leave Iraq, which would put Washington in a vexed position of either accepting or returning to direct rule.

To avoid escalations of this sort, the Trump administration should now lay out a positively defined political vision for the Middle East, which would accompany and tether its negatively defined anti-Islamic State and anti-Iranian goals. At this time, the fundamental part of this vision must be a clear U.S. position on the future of Kurdish-held areas in Iraq and Syria.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern